

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 5/2022

13. April

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

mit dem beginnenden Frühjahr entspannt sich auch langsam die Lage in der Pandemie. Doch im kommenden Herbst droht durchaus wieder eine neue Welle von Corona-Infektionen. Um diese von Anfang an wirksam einzudämmen, haben wir frühzeitig mit den Beratungen über eine allgemeine Impfpflicht begonnen. In der letzten Woche habe ich für den Antrag „Impfpflicht ab 60 Jahren“ gestimmt. Ich habe zwar den Antrag zu einer allgemeinen Impfpflicht ab 18 Jahren mitgezeichnet und halte es nach wie vor für den richtigen Weg. Es hat sich leider aber abgezeichnet, dass keiner der Gruppenanträge eine Mehrheit findet. Das liegt unter anderem daran, dass die CDU/CSU-Fraktion sich ihrer Verantwortung entzieht, dem Weg der Gruppenanträge versperrt und einen eigenen Antrag gestellt hat – damit hatte keiner der Anträge die notwendige Mehrheit von 369 Stimmen. Deswegen wurde ein Kompromiss geschlossen, der Elemente aus den Anträgen Impfpflicht ab 18, Impfpflicht ab 50 und dem Antrag der CDU/CSU enthält. Leider hat auch dieser Kompromissvorschlag nicht die erforderliche Mehrheit im Parlament erhalten. Die Debatte um die Impfpflicht wurde aus gutem Grund über einen langen Zeitraum ausführlich geführt. Das war dem Thema auch angemessen. Am Ende dieses Prozesses ist es nicht gelungen, eine Mehrheit im Deutschen Bundestag für eine Impfpflicht zu erreichen. Deshalb ist das Thema nun zunächst einmal abgeschlossen. Alles andere wäre dem ernsthaften parlamentarischen Prozess nicht angemessen. Die weiteren Hintergründe erklärt sehr gut mein Kollege Dirk Wiese: (<https://www.spdfraktion.de>) Denn eins muss klar sein: Parteipolitische Taktik darf nie zum Prinzip der Pandemiebekämpfung werden.



Die Bilder und Videoaufnahmen aus dem Kiewer Vorort Butscha und anderen ukrainischen Städten sind schrecklich. Sie zeigen die Leichen von ukrainischen Zivilisten, die mutmaßlich durch die russische Armee gezielt getötet wurden. Einmal mehr wird uns vor Augen geführt, mit welcher Brutalität Putin und die russischen Streitkräfte in der Ukraine vorgehen, um ihre Kriegsziele zu erreichen. Die Verbrechen müssen schonungslos aufgeklärt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Tausende unschuldige Ukrainerinnen und Ukrainer sind dem Krieg bereits zum Opfer gefallen. Wir fordern Russland auf, die Kampfhandlungen unverzüglich einzustellen.

Wir stehen fest an der Seite der Ukraine. Putin und sein Regime werden für die Kriegsverbrechen einen hohen Preis zahlen – politisch wie wirtschaftlich. Deutschland und die EU weiten deshalb ihre Sanktionen gegen Russland und Belarus aus. Wir halten zudem an Waffenlieferungen fest, damit sich die Ukraine gegen die russische Invasion verteidigen kann. Und wir leisten wie kein anderes Land wirtschaftliche und humanitäre Hilfe. Wir helfen auch den zahlreichen Ukrainerinnen und Ukrainer, die vor dem Krieg fliehen mussten und sich auf den Weg nach Deutschland gemacht haben. Ihre Sicherheit und ihr Schutz haben für uns höchste Priorität. Die Herausforderungen bei der Aufnahme und Integration der Geflüchteten sind groß. Umso wichtiger ist deshalb, dass Bund, Länder und Kommunen hier an einem Strang ziehen.

Die Folgen des Krieges in der Ukraine sind auch für unser Land nicht unmittelbar abzusehen. Wir werden deshalb weiterhin die Nöte der Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in Deutschland im Blick haben. Die Ampelkoalition hat bereits zwei Entlastungspakete beschlossen, die der Breite der Gesellschaft zugutekommen. Davon profitieren nicht zuletzt auch Bürgerinnen und Bürger mit kleinen und mittleren Einkommen, Rentnerinnen und Rentner sowie Studierende. Bei Bedarf werden wir weitere Entlastungen auf den Weg bringen.

Ich wünsche Euch trotz der aktuellen Lage in der Ukraine, eine schöne Osterzeit mit Euer Familie und Euren Liebsten.
Viel Spaß beim Lesen des Newsletters.

Johannes Schraps
Euer Johannes

Inhaltsverzeichnis

- Seite 2** — Wahlkreis-Konferenz Holzminden
— Gespräch mit dem Gesandten der Ukrainischen Botschaft
- Seite 3** — Besuch der Unterkunft für Schutzsuchende in Bodenwerder
— Sprachkurs in Hameln
- Seite 4** — Rede im Deutschen Bundestag
- Seite 5** — Treffen der Norwegischen-Deutschen Willy-Brand Stiftung
— Reform des Bafögs
- Seite 6** — Themenüberblick Bundestag

Ihr findet mich auch bei:



WAHLKREISKONFERENZ DES WAHLKREISES HOLZMINDEN



Auf der Wahlkreiskonferenz des SPD-Unterbezirks Holzminden wurde Sabine Tippelt einstimmig zur Kandidatin für die Landtagswahl im Oktober gewählt. Diesen Vertrauensbeweis erhielt die Landtagsabgeordnete in ihrem Geburtsort Grünenplan in Lampes Posthotel. „Herzlichen Dank für dieses Ergebnis, für euer Vertrauen und eure Unterstützung“, freut sich Tippelt direkt nach ihrer so kla-

ren Nominierung. Zuvor hatte sie in ihrer Bewerbung betont, dass sie sich weiterhin leidenschaftlich und konsequent im Landtag für ihren Wahlkreis einsetzen werde. In ihrer Bewerbungsrede ging Sabine Tippelt auf die bisherigen Schwerpunkte ihrer Arbeit im Landtag ein. Dabei thematisierte sie unter anderem aktuelle Probleme wie die wirtschaftlichen und persönlichen Konsequenzen der

Corona-Pandemie und des Krieges in der Ukraine. Der direkte Austausch mit verschiedenen Akteuren ist ihr in ihrer Arbeit sehr wichtig, dazu gehören Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Bildungseinrichtungen, Vereine, und viele weitere. Ich freue mich auf einen engagierten Wahlkampf mit Sabine, meine Unterstützung hat sie!

GESPRÄCH MIT DEM GESANDTEN DER UKRAINISCHEN BOTSCHAFT

Gerade jetzt ist es sehr wichtig, dass man mit den offiziellen ukrainischen Vertretern in einem regelmässigen Austausch bleibt. Maksym Yemelianov, Gesandter der ukrainischen Botschaft, war bei mir zu Besuch, um über die aktuelle Lage in der Ukraine zu sprechen. Danke für die wertvollen Informationen und Hinweise!



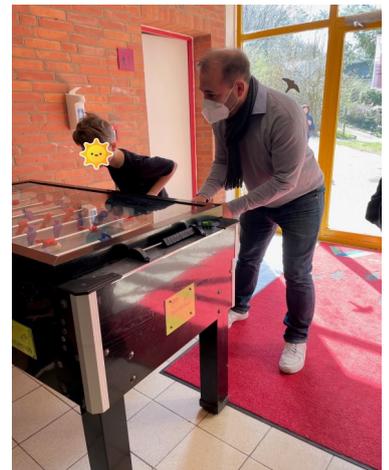
BESUCH DER UNKTERKUNFT FÜR SCHUTZSUCHENDE IN BODENWERDER



Auch im Weserbergland kommen viele Schutzsuchende aus der Ukraine an. Der Landkreis Holzminden konnte viele der Frauen und Kinder in der Jugendherberge in Bodenwerder unterbringen. Ich konnte mir gemeinsam mit dem Bürgermeister Sebastian Rode und der 1. Kreisrätin Sarah Humburg ein Bild vor Ort machen. Betrieben von den Johannitern, war auch der Leiter Sascha Hartmann ein mir gut bekannter Gesprächspartner, waren die Jo-

hanniter auch schon 2015 im Landkreis Holzminden mit der Betreuung von Flüchtlingen betraut. Gut 100 Personen sind in dem zuvor leerstehenden Gebäude untergebracht. Ein Glücksfall für die Geflüchteten, ist doch die Jugendherberge mit ihrer guten Ausstattung gerade auch für Kinder sehr geeignet. Über das große ehrenamtliche Engagement konnte ich mich auch hier wieder überzeugen, als ich spontan auch Ortsbürgermeisterin Elke Perdacher dort oben traf. Im Gespräch wurde schnell deutlich, dass die Sprachmittlerin Jyulia, ein ganz wichtiger Ansprechpartner für die Geflüch-

teten und die Ehrenamtlichen ist. Die kindgerechten Räumlichkeiten und das tolle Engagement vieler Menschen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass dort viele Frauen und Kinder leben, die schlimme Erfahrungen auf der Flucht machen mussten. Ich bin sehr froh, dass ich mir einen persönlichen Eindruck machen konnte, für meine Arbeit in Berlin ist das von großem Vorteil. Schön, dass auch noch Zeit für ein kleines Kicker-



DEUTSCHUNTERRICHT IM ENGLISCHEN VIERTEL

Um den vielen Schutzsuchenden aus der Ukraine schnell das Ankommen zu ermöglichen, sind viele Dinge nötig. Unter anderem der schnelle Zugang zu Sprachkursen. Diese werden in Hameln im Gemeinschaftshaus im Englischen Viertel durch den Landkreis angeboten. Bis zu zehn Personen können im Haydnweg unangemeldet Mittwochs und Donnerstags von 10.00 -12.00 Uhr den Sprachkurs besuchen. Begleitet von Nikola Stasko, Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe und einer Sprachmittlerin konnte ich mich mit den Teilnehmerinnen unterhalten. Schnell wurde im Gespräch klar, dass die Teilnehmerinnen hochmotiviert sind die deutsche Sprache zu erlernen. Problematisch ist in diesem Zusammenhang die Betreuung der Kinder, eine Lösung dafür, ist aber dank Landkreis in Sicht.



Schnell wurde im Gespräch klar, dass die Teilnehmerinnen hochmotiviert sind die deutsche Sprache zu erlernen. Problematisch ist in diesem Zusammenhang die Betreuung der Kinder, eine Lösung dafür, ist aber dank Landkreis in Sicht.

REDE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG ZUR UNTERSTÜTZUNG DER REPUBLIK MOLDAU



In der letzten Sitzungswoche im Plenum des Deutschen Bundestages habe ich über die Unterstützung der Republik Moldau sprechen können. Die Ukraine kämpft seit mehreren Wochen auch für unsere Sicherheit und für unsere Freiheit. Die Republik Moldau hat seit dem 24. Februar, als ärmstes Land Europas die meisten Flüchtlinge pro Kopf aufgenommen, ein Land, das - anders als Polen, Ungarn, Rumänien oder auch die Slowakei und Tschechien - als westliches Nachbarland der Ukraine noch kein EU-Mitglied ist. Das müssen wir uns immer wieder vergegenwärtigen; denn gerade vor dem Hin-

tergrund der Möglichkeiten, die ein Land mit gerade einmal 2,6 Millionen Einwohnern hat, leistet die Regierung der Republik Moldau, leistet die Gesellschaft der Republik Moldau wirklich Außerordentliches bei der Aufnahme und der Unterstützung der Menschen, die vor Leid und Krieg aus der Ukraine flüchten müssen. Dafür kann man eigentlich gar nicht genug Anerkennung ausdrücken! Auch deshalb halte ich es für ein außerordentlich wichtiges Signal, dass die Republik Moldau im Zuge der Unterstützungs- und Geberkonferenz in dieser Woche in Berlin finanzielle Zusagen für internati-

onale Hilfen in Höhe von knapp 700 Millionen Euro erhalten hat, darunter die angesprochenen 50 Millionen Euro ungebundene Finanzkredite aus der Bundesrepublik und auch die nochmalige Aufstockung des Hilfspakets aus dem BMZ auf 40 Millionen Euro. Diese Geberkonferenz war auch deshalb wichtig, weil wir damit gegenüber der russischen Regierung deutlich machen: Wir lassen die Republik Moldau nicht im Stich!

Mehr dazu in meiner Rede: <https://dbtg.tv/cvid/7535274>

TREFFEN DES VORSTANDES DER NORWEGISCHEN-DEUTSCHEN WILLY-BRANDT-STIFTUNG IN BERLIN

In der letzten Woche hat sich in die Berlin der Vorstand der Norwegisch-Deutschen Willy-Brandt-Stiftung getroffen. Seit zwei Jahren darf ich mich dort im Vorstand einbringen. Ich habe mich sehr gefreut, dass wir uns endlich mal wieder in Präsenz treffen konnten. Wir haben die vergangenen zwei Jahre besprochen, aber auch darüber diskutiert, was wir im kommenden Jahren alles vorhaben. Ich werde euch auf dem Laufenden halten. Hintergrund: Die Stiftung wurde im Jahr 2000 von der norwegischen und der deutschen Regierung, auf Initiative von Thorvald Stoltenberg und Egon Bahr, gegründet. Stiftungsziel ist es, die Beziehungen zwischen Norwegen und Deutschland zu fördern indem das gegenseitige Ver-



ständnis von Gesellschaft, Kultur, Sprache, Umweltschutz und Wirtschaft gestärkt wird. Die Stiftung erfährt breite politische Unterstützung, die auch darin zum Ausdruck kommt, dass der Vorstand aus norwegischen und deutschen Politikern verschiede-

ner Parteien besteht. Die drei Säulen der Stiftungsarbeit bestehen in der Förderung von deutsch-norwegischen Projekten, der jährlichen Vergabe des Willy-Brandt-Preises sowie der Organisation von Veranstaltungen in beiden Ländern.

REFORM DES BAFÖGS

Das Bafög wird reformiert. Studierende, Schülerinnen und Schüler sowie Azubis sollen ab dem kommenden Wintersemester fünf Prozent mehr Geld bekommen. Zudem soll der Kreis der möglichen Empfängerinnen und Empfänger durch eine Anhebung der Elternfreibeträge um 20 Prozent erweitert werden. Damit öffnen wir das Bafög so stark wie noch nie. Damit zukünftig noch mehr Studierende Anspruch darauf haben, sie ohne existenzielle Sorgen studieren können und so allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft beste Bildungschancen geboten werden können. Weitere Details gibt es auf der Homepage des Ministeriums: <https://www.bmbf.de/>

Mehr BAFÖG für mehr Studis!

Im Koalitionsvertrag vereinbart und heute im Kabinett beschlossen – wir heben an:

-  die **Freibeträge** um volle 20 Prozent
-  die **Bedarfssätze** und den **Zuschlag für Kinderbetreuung** um 5 Prozent
-  den **Wohnkostenzuschlag** auf 360 Euro
-  die **Altersgrenze auf 45 Jahre** zu Beginn des zu fördernden Ausbildungsabschnitts

 Und: BAFÖG kann endlich **digitaler und schneller** beantragt werden

SPD
Fraktion im
Bundestag

THEMENÜBERBLICK BUNDESTAG

Steuerentlastungen für Bürgerinnen und Bürger

Angesichts erheblicher Preiserhöhungen insbesondere im Energiebereich besteht Handlungsbedarf zur Entlastung der Bevölkerung. Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP schlagen daher ein Steuerentlastungsgesetz vor, welches finanzielle Entlastungen und Steuervereinfachungen vorsieht.

Zur Entlastung werden der Arbeitnehmer-Pauschbetrag sowie der Grundfreibetrag angehoben. Die geplante, bis 2026 befristete Anhebung der Entfernungspauschale für Fernpendler auf 38 Cent ab dem 21. Entfernungskilometer wird vorgezogen. Entsprechend wird die Mobilitätsprämie für Geringverdiener erhöht. Die Maßnahmen des Steuerentlastungsgesetzes sollen rückwirkend ab dem 1. Januar 2022 gelten. Von der Anhebung des Grundfreibetrags profitieren alle Steuerpflichtigen, wobei die Bezieher niedrigerer Einkommen relativ stärker entlastet werden. Die Erhöhung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags reduziert den administrativen Aufwand für Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und Steuerverwaltung und bringt Entlastungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die höhere Entfernungspauschale und Mobilitätsprämie entlasten Fernpendlerinnen- und Pendler gezielt von den gestiegenen Mobilitätskosten.

Frieden in Libyen sicherstellen

Seit mehr zehn Jahren herrscht in Libyen ein Bürgerkrieg, der das Land politisch wie wirtschaftlich spaltet. Gemeinsam mit den Vereinten Nationen hat die Bundesre-

gierung 2019 den so genannten „Berliner Prozess“ angestoßen, um Frieden und Stabilität in Libyen zu gewährleisten. Trotz einiger Erfolge in den letzten Jahren hat sich die Situation wieder verschärft. Seit Februar 2020 engagiert sich die Bundeswehr im Rahmen der EU-Mission EUNAVFOR MED IRINI. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung des von den Vereinten Nationen gegen Libyen verhängten Waffenembargos. Der Einsatz umfasst darüber hinaus die Bekämpfung von Schleuserinnen und Schleusern, die Eindämmung der illegalen Ausfuhr von Erdöl sowie die Seenotrettung von Geflüchteten. Angesichts des wiederholt inakzeptablen Verhaltens einzelner Einheiten der libyschen Küstenwache gegenüber Flüchtlingen und Nichtregierungsorganisationen wird sich die Bundeswehr künftig allerdings nicht mehr an der Ausbildung der libyschen Küstenwache beteiligen.

Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Wir wollen die Unabhängigkeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes stärken und die Neubesetzung der Leitungsfunktion voranbringen. Dafür ändern wir das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Die Leitung wird künftig auf Vorschlag der Bundesregierung als Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung durch den Bundestag für fünf Jahre gewählt und durch den Bundespräsidenten berufen. Damit stellen wir sicher, dass die seit 2018 kommissarisch geführte Antidiskriminierungsstelle zeitnah eine neue Leitung erhält. Die Antidiskriminierungsstelle des

Bundes wurde 2006 auf Basis des AGG als nationale Gleichbehandlungsstelle eingerichtet.

Viertes Corona-Steuerhilfegesetz

Neben der Bewältigung der Corona-Pandemie ist unser oberstes Ziel weiterhin, die wirtschaftlichen und sozialen Belastungen so gering wie möglich zu halten. Daher schlagen die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP mit dem Vierten Corona-Steuerhilfegesetz wirtschaftliche und soziale Maßnahmen vor, die sehr schnell greifen. Damit bekommen die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen weiterhin Unterstützung. Zur weiteren Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie werden beispielsweise Unternehmen zur Förderung ihrer wirtschaftlichen Erholung gezielt mit konsequenten Maßnahmen unterstützt. Zusätzliche Investitionsanreize werden unter anderem mit der Verbesserung der Möglichkeiten der Verlustverrechnung und der Verlängerung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens sowie der steuerlichen Investitionsfristen gesetzt. Gleichzeitig wird insbesondere die herausragende Leistung der Pflegekräfte durch einen steuerfreien Corona-Bonus auch finanziell honoriert, was uns als SPD-Fraktion besonders wichtig ist. Und auch so wichtige Instrumente wie die Homeoffice-Pauschale, die Steuerbefreiung der Zuschüsse des Arbeitgebers zum Kurzarbeitergeld und die Frist zur Abgabe von Steuererklärungen 2020 werden noch einmal verlängert.

SPDSoziale
Politik für
Dich.**Frohe Ostern!****johannes-schraps.de**

Bild: colourbox

Büro HamelnHeiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99**Büro Holzminden**Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030**Büro Berlin**Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de

johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Autorinnen und Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Martin Drelichowski, Lea Feldhaus,
Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva